

## ■ KURZ NOTIERT

von Rolf Jordan

### ■ Rekrutierungsbestimmungen für ausländische Fachkräfte weiter verschärft

Singapurs Regierung hat die Bestimmungen zur Anwerbung und Einstellung ausländischer Fachkräfte weiter verschärft. Ab August 2014 müssen Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten Stellenausschreibungen für qualifizierte Fach- und Führungskräfte mit einem monatlichen Einkommen bis 12.000 Singapur-Dollar (umgerechnet etwa 7.100 EUR) in einer eigens dafür eingerichteten Jobbörse der *Singapore Workforce Development Agency* ausschreiben. Erst, wenn die Stelle mindestens 14 Tage in dieser Jobbörse veröffentlicht worden ist, darf das Unternehmen eine Arbeitserlaubnis (*employment pass*) für

einen Mitarbeiter aus dem Ausland beantragen.

Gleichzeitig hat die Regierung auch das Mindestgehalt für ausländische Fachkräfte von zuletzt 3.000 auf nunmehr 3.300 Singapur-Dollar (umgerechnet ca. 1.800 EUR) angehoben. Beide Maßnahmen zielen darauf ab, den zuletzt wieder stark gestiegenen Anteil ausländischer Fachkräfte zu bremsen. In den letzten Jahren häuften sich in der Bevölkerung Beschwerden darüber, dass ausländische Fachkräfte bei der Besetzung von Stellen gegenüber einheimischen Arbeitssuchenden bevorzugt würden.

Ausländische Arbeitskräfte stellen heute nahezu 40 Prozent der

etwa 5,3 Millionen Einwohner des Stadtstaates. Sie sind nicht nur in den niedrig-entlohnenden Segmenten des Arbeitsmarktes beschäftigt, die von den meisten Singapurern gemieden werden, sondern zunehmend auch in den mittleren und oberen Führungsebenen vieler Unternehmen in Singapur. Zuletzt häuften sich Beschwerden darüber, dass ausländische Führungskräfte bei der Besetzung neuer Stellen in einem Unternehmen Bewerber aus ihren Herkunftsländern solchen aus Singapur vorzögen.

*Kevin Lim und Eveline Danubrata  
für Reuters, 23.9.2013*

### ■ Gericht lehnt Aufhebung homosexuellenfeindlicher Gesetzgebung ab

Erneut hat ein Berufungsgericht in Singapur die Aufhebung eines Gesetzes, das homosexuelle Handlungen unter Männern unter Strafe stellt, abgelehnt. Das Gericht bestätigte damit eine bereits im April diesen Jahres getroffene Entscheidung, Abschnitt 377A des Strafgesetzbuches nicht aufzuheben, da es nach Ansicht des Gerichtes einzig und allein Aufgabe des Parlamen-

tes sei, entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Abschnitt 377A des Strafgesetzbuches geht auf eine bereits unter britischer Kolonialherrschaft erlassene Verordnung zurück und sieht im Falle homosexueller Handlungen zwischen Männern Haftstrafen von bis zu zwei Jahren vor. Obwohl die gesetzlichen Vorschriften zuletzt nur noch selten Anwendung fanden, haben

Forderungen nach ihrer Abschaffung für viele Bürgerrechtler im Kampf um soziale Reformen im Stadtstaat an Bedeutung gewonnen. Die Ablehnung durch das Gericht überrascht insofern, als die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen in der Bevölkerung zuletzt eine breitere Unterstützung erfahren hatte.

*AFP (Singapur), 2.10.2013*

### ■ Wirtschaftswachstum schwächer als erwartet?

Aktuelle Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, dass Singapurs Wirtschaftswachstum 2013 schwächer ausfällt, als dies Daten des ersten Halbjahres nahe legten. Analysen verschiedener Wirtschaftsexperten zeigen, dass das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um drei bis fünf Prozent zurückgegangen ist, nachdem es im

zweiten Quartal noch um mehr als 15 Prozent gestiegen war.

Vor allem bei der Produktion von Industriegütern schwächten sich die Zuwachsraten über die letzten Monaten weiter ab. Und auch beim Warenexport wurden zuletzt Rückgänge verzeichnet. So fiel zum Beispiel im August der Export von Nicht-Öl-Produk-

ten – ein Bereich, der von Analysten aufgrund seiner großen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung besonders genau beobachtet wird – im Vorjahresvergleich um 6,2 Prozent und damit stärker, als erwartet.

*Dhara Ranasingbe für CNBC News,  
1.10.2013*